

Politische Schlussfolgerungen für Thüringen aus den aktuell vorgelegten vorausschauenden Analysen für das Jahr 2020

Aktuelle Stunde – Drucksache 5/1119 -

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Lehmann, ich verstehe Sie wieder mal nicht. Ich verstehe die CDU-Fraktion nicht, was sie mir dieser Aktuellen Stunde hier am heutigen Tage erreichen will, was sie uns Neues an Zahlen mitzuteilen hat, nämlich nichts. Ich vermute, Ihr Motiv war, dass Sie Ihre koalitionsinterne Auseinandersetzung hier noch mal öffentlich machen wollten, nämlich die Frage, wie man zu Haushalten kommt, die aus Ihrer Sicht zukunftsfähig für dieses Land sind. Ich kann Ihnen zumindest wertend die Fraktionsmeinung der LINKEN zum wiederholten Mal kurz vorstellen in der Hoffnung, dass wenigstens das eine oder andere Argument in Ihre Meinungsbildung innerhalb der Koalition vielleicht Eingang findet, so dass wir auch sagen können, Sie haben sich wenigstens an der einen oder anderen Stelle beraten lassen.

Was ich schon an Ihrem ersten Redebeitrag in der Aktuellen Stunde wieder festgestellt habe und was Sie hier wieder bekräftigt haben, dass Sie ausschließlich suggerieren, Sie könnten nachhaltige Haushalte in Thüringen aufstellen, indem Sie drastisch in die Ausgaben gehen. Bei Ihnen spielen die Bund-Länder-Verknüpfungen und damit die Chance, auch Einnahmen natürlich mitzubestimmen, überhaupt keine Rolle. Volkswirtschaftliche Betrachtungen, dass Ausgabenkürzungen natürlich auch danach untersucht werden müssen, ob sie bei Menschen oder bei Institutionen zu Kaufzurückhaltung, Konsum- oder Investitionsverzicht führen und damit wieder negativ im Kreislauf wirken, das spielt offenbar bei Ihnen überhaupt keine Rolle. Das ist doch ganz klar, hier ist jeder, der suggeriert, er könne die drastischen öffentlichen Defizite durch Ausgabekürzungen abbauen, dass der sich natürlich insbesondere an der heimischen klein- und mittelständischen Wirtschaft vergeht. Das ist Ihre Politik, die Sie hier seit Monaten - so als wenn es keine Wirtschaftskrise, keine Finanzkrise gäbe - bringen. Dieser Weg ist falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Alles Weitere, wo man ansetzen könnte, dazu hat Matze Bärwolff hier vorhin vortrefflich gesprochen. Ich will nur eines ergänzen: Man darf den Fokus bei der Einnahmeverbesserung natürlich nicht auf die Frage der Einkommensteuersätze richten, sondern da geht es tatsächlich um die Frage, bekommen wir eine Vermögenssteuer, eine Millionärssteuer, ja oder nein, bekommen wir drastische Veränderungen bei der Erbschaftssteuer, ja oder nein? Das sind die wichtigen Steuern, um wirklich hohe Vermögen anzugehen, die keinen Ertrag für die Gesellschaft haben, aber deren spekulatives Potenzial eher zur Destabilisierung vernünftiger realwirtschaftlicher Beziehungen führen kann und auch deshalb es ein Interesse des Staates sein muss, diese Vermögen so zu besteuern, dass Haushaltskonsolidierung auch damit möglich wird. Jetzt zurück zu den originären Thüringer Problemen: Natürlich müssen wir auch ausgabeseitig über Konsolidierungsschritte nachdenken. Das haben wir als Fraktion auch immer versucht, auch im Rahmen der Haushaltsdebatten. Nur eines ist doch entscheidend, auch das muss die Regierung klären: Es gibt einen Konflikt zwischen Ihnen. Entweder man glaubt, man könnte über alle Ressorts verteilt und damit einschließlich Soziales, einschließlich Kultur und Bildung den Haushalt irgendwie sanieren, oder man will

Prioritäten setzen und fängt damit an, was originär staatspolitische Aufgabe ist, nämlich Verwaltung zu organisieren und man fängt bei dem Thema Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform an.

(Beifall DIE LINKE)

Diese Entscheidung müssen Sie treffen. Das ganze Land wartet auf diese politische Entscheidung und die CDU-Fraktion blockiert.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das hat doch mit der Fraktion nichts zu tun.)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Doch, das habt ihr gerade wieder bewiesen.)

Herr Mohring, wenn Sie und Ihr politischer Sprecher sich hier hinstellen und sagen, Sie sind bereit, morgen in die Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform einzusteigen, dann werden wir uns hier hinstellen, Sie unterstützen. Da bin ich sicher, diese Regierung würde einen Tag darauf loslegen mit einem Entwurf und einer breiten Diskussion im Lande Thüringen. Davon bin ich wirklich überzeugt.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wenn das Ziel, Frau Lehmann, der Aktuellen Stunde war, diesen Konflikt noch mal hier darzustellen, dann bin ich Ihnen dankbar. Ich will aber auch sagen, wenn beide Partner der Meinung sind, dass sie diesen Konflikt nicht lösen können, dann ist es auch Zeit, dass beide Partner darüber nachdenken, aus dieser Konstruktion auszusteigen - je eher desto besser. Denn die Zukunftsfähigkeit des Freistaats Thüringen hängt zentral von dieser Frage ab und wir haben tatsächlich keine Zeit mehr zu verlieren bei der Frage einer Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform.

(Beifall DIE LINKE)